

EBERHARD KARLS  
UNIVERSITÄT  
TÜBINGEN



**Gabriele Abels, Joyce M. Mushaben**

„Dieses Mal ist es anders“ –  
oder doch nicht?

Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014  
und ihrer Folgen

**TAIF Nr. 9/2014**

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät  
**Institut für Politikwissenschaft**



Universität Tübingen

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Institut für Politikwissenschaft

Arbeitsbereich Vergleichende Politikwissenschaft und Europäische Integration

**Prof. Dr. Gabriele Abels**

Jean-Monnet-Professorin

Melanchthonstraße 36 · 72074 Tübingen

Telefon +49 7071 29-78369, Telefax +49 7071 29-2417

E-Mail: [ifp.taif@uni-tuebingen.de](mailto:ifp.taif@uni-tuebingen.de)

Homepage: <https://publikationen.uni-tuebingen.de/xmlui/handle/10900/53316>

Copyright: Prof. Dr. Gabriele Abels

Tübingen 2014

Herausgeber: Gabriele Abels, Martin Große Hüttmann

Redaktion: Jennifer Träsch

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Lehre und ausschließlich in der von der TAIF-Redaktion veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert! – darf dieses Dokument von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

## Zusammenfassung

„Dieses Mal ist es anders“ – so lautete der Slogan, mit dem die Europäische Kommission versuchte, die Unionsbürgerinnen und Unionsbürger zur Europawahl 2014 zu mobilisieren. Dieses Motto nahm darauf Bezug, dass die diesjährigen Wahlen die ersten waren, die auf der Basis des 2009 in Kraft getretenen Lissabon-Vertrags stattfanden. Dieser gewährt dem Europäischen Parlament in vielerlei Hinsicht mehr Mitspracherechte, u.a. bei der Wahl des Kommissionspräsidenten. Das Europäische Parlament hat diese Rechte durch die Personalisierung der Wahlen über Spitzenkandidat/innen zu nutzen gewusst.

Der Beitrag untersucht, inwiefern die 8. Wahlen zum Europäischen Parlament aus Geschlechterperspektive anders waren. Dafür wird das repräsentationstheoretische Konzept von „standing for“, d.h. deskriptive Repräsentation, und von „acting for“, d.h. substantielle Repräsentation, zugrunde gelegt. Darauf basierend wird die Zusammensetzung des neuen Europäischen Parlaments genauer analysiert und in die bisherigen Trends eingeordnet. Ferner wird auch der noch laufende Prozess der Konstituierung der neuen Europäischen Kommission beleuchtet. Auf der Basis der Befunde deskriptiver Repräsentation werden Überlegungen formuliert, was dies für die substantielle Repräsentation, d.h. für die Ausrichtung der Genderpolitik in der Legislaturperiode 2014 bis 2019 bedeuten kann.

## Abstract

„This time it's different“ was the slogan launched by the European Commission to mobilize voters for the 2014 European election. This motto referred to the fact that the May 2014 election was the first one based on the Lisbon Treaty, which was enacted in 2009. This treaty endows the European Parliament with greater powers in many ways, amongst other with regard to electing the Commission president. The European Parliament has made extensive use of these rights via a strategy of “Spitzenkandidaten” in the electoral campaign.

This paper analyses the 8th election to the European Parliament from a gender perspective. In so doing, it employs the dual concept of representation as “standing for”, i.e. descriptive representation, and “acting for”, i.e. substantive representation. Based on this model we analyze the composition of the European Parliament in greater detail and reflect our findings in the light of long-term trends. In addition, the current process of electing a new European Commission is scrutinized. Based on our findings pertaining to women's descriptive representation we then consider the options for greater substantive representation of gender issues in the period 2014 to 2019.

## Über die Autorinnen

Gabriele Abels (\*1964) ist Jean-Monnet-Professorin für vergleichende Politikwissenschaft und europäische Integration im Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen. 1999 Promotion an der Universität-Gesamthochschule Essen; 2006 Habilitation an der Universität Bielefeld. Mitbegründerin und Herausgeberin der „Femina Politica: Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft“. Gastaufenthalte an den Universitäten Osnabrück, St. Petersburg, UMSL St. Louis und der Harvard University. Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium der Instituts für Europäische Politik (IEP) Berlin; seit 2012 Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW); Email: [gabriele.abels@uni-tuebingen.de](mailto:gabriele.abels@uni-tuebingen.de)

Joyce M. Mushaben. Prof., Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft & Geschlechterforschung, Political Science Department, University of Missouri-St. Louis (UMSL). Ehemals Direktorin des Institute for Women's & Gender Studies, UMSL. Mitherausgeberin des „Journal of Immigrant and Refugee Studies“ und von „German Politics & Society“. Gastaufenthalte an der Chinese Academy of Social Sciences, Beijing, Humboldt Universität zu Berlin, Europa Universität Viadrina; Washington University, Georgetown University, Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR (Berlin), Johann-Wolfgang-Goethe Universität und Universität Stuttgart. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der „Femina Politica: Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft“; Email: [mushaben@umsl.edu](mailto:mushaben@umsl.edu)

## About the authors

Gabriele Abels (\* 1964) is Jean Monnet Chair for comparative politics and European integration at the Institute for Political Science, University of Tübingen. Doctoral degree from the University of Essen; Habilitation degree from Bielefeld University. She is a founder and editor of “Femina Politica”. Visiting fellow at the University of Osnabruck, State University St. Petersburg, University of Missouri-St. Louis and Harvard University. Member of the scientific advisory board of the Institute for European Politics (IEP) Berlin; since 2012 president of the German political science association DVPW; Email: [gabriele.abels@uni-tuebingen.de](mailto:gabriele.abels@uni-tuebingen.de).

Joyce M. Mushaben is Professor for Comparative Politics and Gender Studies at the Political Science Department of the University of Missouri-St. Louis, she was director of the Institute for Women's & Gender Studies at UMSL. Member of the editorial boards of the „Journal of Immigrant and Refugee Studies“ and „German Politics & Society“. Visiting fellow at the Chinese Academy of Social Sciences, Beijing, Humboldt University Berlin, Europa University Viadrina, Washington University, Georgetown University, Akademie für Gesellschaftswissenschaften der DDR (Berlin), Johann-Wolfgang-Goethe University, and University of Stuttgart. Member of the scientific advisory board of „Femina Politica: Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft“.; Email: [mushaben@umsl.edu](mailto:mushaben@umsl.edu)



## Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen und Schaubilder	2
Abkürzungsverzeichnis	2
1. Einleitung	3
2. Mobilisierungskampagnen zu den EP-Wahlen	4
3. Deskriptive Repräsentation von Frauen	5
3.1 Das Wahlergebnis und seine Folgen für die Zusammensetzung des EP	5
3.2 Die Bestellung der Europäische Kommission	14
4. Substantielle Repräsentation: Genderpolitische Prioritäten 2014-2019?	16
5. Dieses Mal war es anders? Ein Ausblick	19
6. Literaturverzeichnis	21

## Verzeichnis der Abbildungen und Schaubilder

Schaubild 1: Anteil von Frauen unter den MEP im Zeitverlauf, 1952-2014 (in %)	5
Schaubild 2: Frauenanteil im EP und in den nationalen Parlamenten, 1979-2014 (in %)	6
Schaubild 3: Verteilung der Mandate in den politischen Gruppen im EP 2014	10
Tabelle 1: Frauenanteil im EP und in den nationalen Parlamenten, 2009 und 2014	7
Tabelle 2: Frauenanteil in den deutschen Klein- und Kleinstparteien (absolute Zahlen)	8
Tabelle 3: Anteil weiblicher MEPs in den Fraktionen 2009 und 2014	11
Tabelle 4: Anteil weiblicher MEPs in rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien 2014	11
Tabelle 5: Anteil von Frauen in den Führungspositionen im EP 2009 und 2014	12
Tabelle 6: Frauenanteil in der Europäischen Kommission 1952-2014 (in %)	15
Tabelle 7: FEMM-Zusammensetzung nach Geschlecht und politischer Zugehörigkeit, 2014	18

## Abkürzungsverzeichnis

ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
ECR	Europäische Konservative und Reformisten
EFD	Europa der Freiheit und Demokratie
EFDD	Europa der Freiheit und direkten Demokratie
EP	Europäisches Parlament
EVP	Fraktion der Europäischen Volkspartei
Grüne/EFA	Grüne/Europäische Freie Allianz im EP
KVEL/NGL	Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne
S&D	Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten

## 1. Einleitung

Vom 22. bis 25. Mai 2014 fanden zum achten Mal Direktwahlen zum Europäischen Parlament (EP) statt. Das Wahlergebnis ist vielfach kommentiert worden, denn es ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert und folgenreich: (1) Mit nur 42,54 % erreichte die Wahlbeteiligten einen neuen Tiefstand; in einigen Mitgliedstaaten wurde nicht einmal eine 20-prozentige Wahlbeteiligung erreicht (Slowenien 18%). Dies wird als Indiz gedeutet, dass die Wahlen auch nach 35 Jahren von den Wählerinnen und Wählern nicht als wichtig genug (sog. „Nebenwahlen“) wahrgenommen werden. (2) Eine beachtliche Anzahl rechtspopulistischer, gar rechtsextremer, euroskeptischer und EU-feindlicher Parteien aus zahlreichen Mitgliedstaaten konnte ca. ein Viertel der Mandate gewinnen. Die Zahl nationaler Parteien ist vor dem Hintergrund zunehmender Zersplitterung in vielen nationalen Parteiensystemen von 164 auf nunmehr knapp 200 Parteien gestiegen. Damit gehen in einigen Ländern Umverteilungen der Mandate im EP einher, die dramatisch sind. Diese wachsende Fragmentierung wirkt sich auf die interne Zusammensetzung und Funktionsweise des EP aus. (3) Ferner hat das EP seine mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 ausgebauten Rechte bei der Wahl des Kommissionspräsidenten in bemerkenswerter Weise genutzt. Auch im Hinblick auf die Bestellung der anderen 27 Kommissionsmitglieder macht das EP seinen Einfluss geltend. Es fordert damit die institutionelle Balance zwischen den drei zentralen EU-Organen – EP, Kommission und Rat – heraus. Was bedeutet all dies aus einer genderpolitischen Perspektive? Dieser Frage geht die folgende Analyse der EP-Wahlen nach.

Diese Frage ist von besonderer Relevanz, insofern das EP in der Vergangenheit gemeinhin als progressiver genderpolitischer Akteur galt. Die Gleichstellungspolitik der Europäischen Union (EU) der letzten 40 Jahre ist stets mit aktiver politischer Unterstützung des EP zustande gekommen (vgl. ausführlich Abels 2011, Locher 2012). Auf die Entwicklung der EU-Geschlechterpolitik hat sich zum einen der Umstand eines (im Vergleich zu den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten) höheren Anteils weiblicher Europaabgeordneter (MEPs) positiv ausgewirkt – das Argument der sog. „kritischen Masse“. Hinzu kommt zum anderen die Bereitschaft einzelner MEPs, sich durch innovative Vorschläge und Aktionen hervorzutun – das Argument der „kritischen Akte“ (Mushaben 1998).

Die Betonung von kritischer Masse bzw. kritischen Akten zielt auf die in der Genderforschung übliche Unterscheidung, zwischen deskriptiver (*standing for*) und substantieller (*acting for*) Repräsentation ab, die von Hannah Pitkin in die Repräsentationstheorie eingeführt wurde. Aufbauend auf diese beiden Dimensionen werden wir im Folgenden zunächst knapp die Wahlkampagne im Vorfeld der EP-Wahl thematisieren (Abschnitt 2), bevor wir dann ausführlicher die deskriptive Repräsentation fokussieren und das Wahlergebnis sowie dessen Folgen aus einer Genderperspektive näher analysieren (Abschnitt 3). Im Anschluss daran werden wir uns mit der substantiellen Seite befassen und diskutieren, was das Wahlergebnis für die Ausrichtung der Genderpolitik in der Legislaturperiode 2014-2019 bedeuten kann (Abschnitt 4). Hierbei werden wir neuere Ansätze aus der feministischen Repräsentationstheorie berücksichtigen, wie sie von Celis, Krooks u.a. vorgeschlagen werden. Wir schließen



mit einer Bewertung in Bezug auf die Frage, inwiefern diese Wahlen und ihrer Folgen tatsächlich anders sind (Abschnitt 5).

## 2. Mobilisierungskampagnen zu den EP-Wahlen

Das EP ist das einzige transnationale, direkt gewählte Parlament auf der Welt. Es ist vielleicht aber auch das einzige Parlament, für dessen Wahl jeweils große Werbekampagnen sowohl vom EP selbst als auch von einer Vielzahl anderer Akteure gestartet werden, um die inzwischen fast 400 Millionen wahlberechtigten Unionbürgerinnen und Unionsbürger aus den nunmehr 28 EU-Mitgliedstaaten erstens über das Stattfinden der Wahlen zu informieren und sie zweitens für die Teilnahme daran zu mobilisieren. Gemessen an der Wahlbeteiligung ist der Erfolg gleichwohl bescheiden. Während bei der ersten Direktwahl 1979 noch eine Wahlbeteiligung von 63% erreicht wurde, ist sie seitdem kontinuierlich gesunken und sank 2014 auf 42,54 %.<sup>1</sup> Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen liegt zumeist weit unter der Beteiligung bei den Wahlen zu nationalen Parlamenten. Im Einzelfall beträgt die Differenz in der Wahlbeteiligung bis zu 45 Prozentpunkte. Dieser Befund wird mit der sog. Nebenwahl-These, die auf Reif und Schmitt (1980) zurückgeht, gut erklärt. Dieser These zufolge ist die Wahlbeteiligung bei Wahlen niedriger, wenn für die Wählerinnen und Wähler „less at stake“ ist, d.h. wenn die Wahrnehmung besteht, dass es bei der Wahl nicht um echte Machtverteilung und Policy-Präferenzen geht. *Grosso modo* hat sich das Modell der EP-Wahlen als Nebenwahlen bis heute bestätigt (vgl. Niedermayer 2014). Inwiefern v.a. Wählerinnen der Wahl ferngeblieben sind, ist unklar. Es gibt lediglich aus einer Nachwahlstudie von 2009 Hinweise darauf, dass Frauen sich etwas weniger an der EP-Wahl beteiligen als Männer; verlässliche und Langzeitdaten fehlen hierzu allerdings (vgl. Hoecker 2013: 46ff.)

Die diesjährigen Wahlen waren die ersten, die nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags stattfanden. Dieser Vertrag, der im Dezember 2009 in Kraft trat, stärkt die Rechte des EP in verschiedener Hinsicht, u.a. bei der Gesetzgebung, aber auch bei der Bestellung der Europäischen Kommission. Die Wahlen 2014 standen deshalb unter dem Motto „Dieses Mal ist es anders“ (so das Motto der Europäischen Kommission) bzw. „Handeln. Mitmachen. Bewegen“ (so das Motto des EP). Neben EU- und staatlichen Akteuren wirbt seit den 1990er Jahren auch die European Women's Lobby (EWL) für die EP-Wahlen. Die diesjährige 50/50-Kampagne der EWL stand unter dem Motto „No more excuses und erstmals wurden im Rahmen dieser Kampagne auch die Wahlprogramme der Parteien einem genderpolitischen Monitoring unterzogen.<sup>2</sup>

Während sich der offizielle Werbefilm des EP in bemerkenswert positiver Weise (<http://www.elections2014.eu/>) von den Werbespots der vergangenen Wahlen 2004 und 2009 absetzte, die sich durch unterschiedliche Grade an Sexismus auszeichneten, ist ein

---

<sup>1</sup> Allerdings ist zu bedenken, dass bei der ersten Direktwahl in einem Drittel der damaligen neun Mitgliedstaaten (Belgien, Italien, Luxemburg) eine Wahlpflicht bestand.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu: <http://www.womenlobby.org/news/ewl-news/article/no-more-excuses-gender-equality-6781?lang=en> (Stand: 30.07.2014)

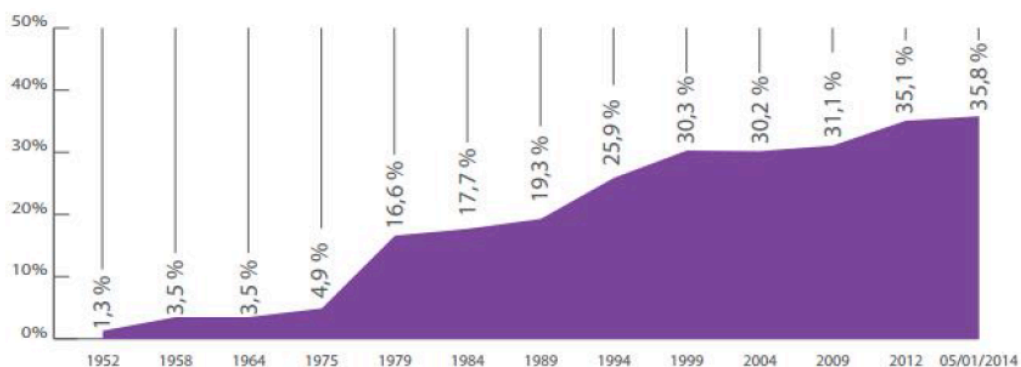
vom dänischen Parlament in Auftrag gegebener Animationsfilm zur Motivation wahlmüder Bürger an Sexismus nicht mehr zu überbieten: Voteman, ein muskelbepackter Super-Macho, befindet sich in der ersten Szene mit gleich fünf Frauen im Bett, die ihn sexuell befriedigen. Als der Nichtwähler-Alarm schrillt, springt er sofort aus dem Bett, um den Nichtwähler aufzuspüren und buchstäblich zum Wählen zu prügeln.<sup>3</sup> Nach Protesten wurde der Kurzfilm zurückgezogen. Dieser Wahlwerbespot ist nicht nur eine Blamage für das dänische Parlament, wie Claus Hecking (2014) meint, sondern es ist geradezu erschreckend, dass auch in einem oftmals genderpolitisch vorbildlichen Land wie Dänemark ein solcher „Ausrutscher“ möglich ist.

### 3. Deskriptive Repräsentation von Frauen

#### 3.1 Das Wahlergebnis und seine Folgen für die Zusammensetzung des EP<sup>4</sup>

„Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa.“ Dieser Spruch wurde lange despektierlich gegen das EP vorgebracht. In der Zeit zwischen 1952 bis 1979 – also als das EP aus Delegierten der nationalen Parlamente bestand – war dies zweifelsohne der Fall: Der Frauenanteil unter den Delegierten lag zwischen 1,3 % (1952) und stieg in den 1970er Jahren, der sog. „Dekade der Frau“, auf magere 4,9 % (1975; Europäisches Parlament 2014, 5; Renman/Conroy 2014: 2). Doch seit den ersten Direktwahlen 1979 hätte es korrekter Weise häufig heißen müssen: „Hast du eine Oma ...“ (vgl. Schaubild 1). Denn seitdem zeichnet sich ein positiver Trend ab und der Frauenanteil im neu konstituierten 8. EP liegt bei 35,8%. Aus diesem Grund der hohen weiblichen Präsenz ist das EP „heralded as one of the most gender-equal elected bodies in the world“ (Fortin-Rittberger/Rittberger 2014: 1).

Schaubild 1: Anteil von Frauen unter den MEP im Zeitverlauf, 1952-2014 (in %)



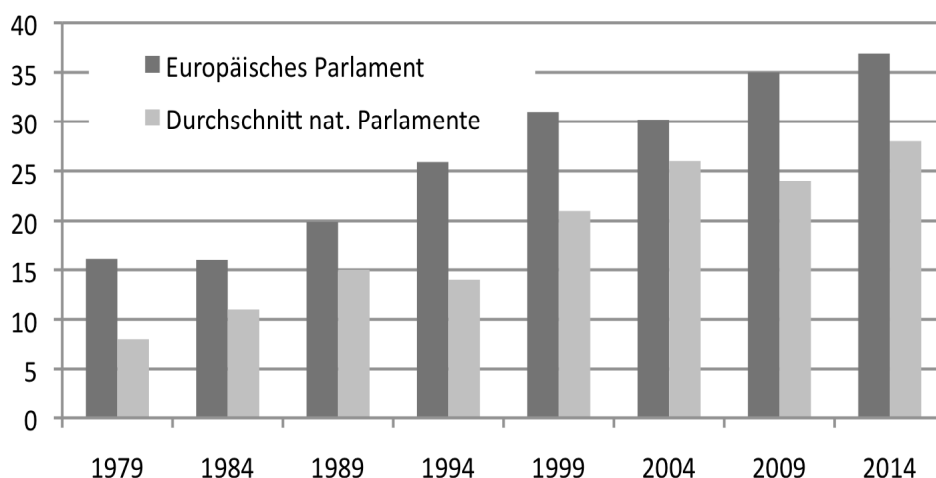
<sup>3</sup> In dem Trailer 2004 rälerte sich eine wortlose Nixe im Wasser umringt von EU-Sternen, im Trailer 2009 rennt eine hysterisch schreiende Blondine im Minirock auf der Flucht vor einem Frankenstein-Monster in ein Wahllokal mit der Botschaft: Zum Wählen ist immer Zeit. Alle genannten Videotrailer sind auf YouTube zu finden.

<sup>4</sup> Für eine detaillierte, allerdings nicht genderorientierte Analyse der Wahlen für Deutschland s. ausführlich Niedermayer (2014).

Quelle: Renman/Conroy 2014: 2.

Wenngleich der Frauenanteil im EP immer noch weit von einer echten Parität entfernt ist, so ist er doch bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass im EP der Anteil weiblicher Abgeordneter oftmals höher ist als im Durchschnitt der Parlamente in den Mitgliedstaaten. So liegt der Frauenanteil im EP um 8 (1979) bis 13 Prozentpunkte (2009) höher als der Anteil im Durchschnitt der nationalen Parlamente (Schaubild 2). Auch im aktuellen EP liegt er um 8,9 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU-28-Parlamente.

Schaubild 2: Frauenanteil im EP und in den nationalen Parlamenten, 1979-2014 (in %)



Quelle: Fortin-Rittberger/Rittberger 2014: 3; eigene Ergänzung.

Während bei früheren Wahlen teils größere Zuwächse beim Anteil weiblicher MEPs zu beobachten waren, konnte der Anteil bei den diesjährigen Wahlen lediglich minimal von 35,1% (7. Wahlperiode, WP) auf nunmehr 36,9 % (8. WP) gesteigert werden. Hierbei sind bemerkenswerte nationale Unterschiede festzustellen (Tabelle 1).

Für die Hälfte der EU-Staaten lässt sich feststellen, dass der Anteil weiblicher MEPs 2014 im Vergleich zu 2009 teils stark geschrumpft ist; in nur wenigen Staaten gibt es größere Zuwächse. Die Gründe für diese nur geringe Steigerung sind vielfältig. Anders als zu vermuten wäre, ist weniger der Rechtsruck im EP an sich für die nur kleine Steigerung des Anteils weiblicher MEPs in 2014 verantwortlich (s.u.). Ein wichtiger Faktor ist vielmehr die sehr hohe Anzahl von Klein- und Kleinstparteien im neuen EP, von denen viele nur mit ein, zwei oder drei Mandaten eingezogen sind. So ist etwa die schwedische Partei Feministische Initiative mit einem Mandat in das EP eingezogen (und hat sich dort der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen). Entscheidend ist dann, ob der erste Listenplatz mit einer Frau oder einem Mann besetzt ist.

Tabelle 1: Frauenanteil im EP und in den nationalen Parlamenten, 2009 und 2014

Mitgliedstaaten	Mandate insg.(n)	Frauen- anteil EP 2014 (%)	Frauen- anteil EP 2009 (%)	Differenz 2009-2014 in Pro- zent- punkten	Nat. Par- lament (Unter- haus)*	Differenz EP2014 - nat. Par- lament in Prozent- punkte
Belgien	22	28,6	36,4	-7,8	41	-12,4
Bulgarien	18	29,4	41,2	-11,8	26	+3,4
Dänemark	13	38,5	46,2	-7,7	38	+0,5
Deutschland	96	36,5	37,4	-0,9	36	+0,5
Estland	6	50,0	50,0	±0,0	20	+30,0
Finnland	13	53,9	61,5	-7,6	43	+10,9
Frankreich	74	43,2	45,8	-2,6	26	+27,2
Griechenland	22	23,8	31,8	-8,0	21	+2,8
Großbritannien	73	41,1	33,3	+7,8	23	+18,1
Irland	12	54,5	25,0	+29,5	15	+39,5
Italien	73	39,7	22,2	+17,5	31	+8,7
Kroatien	11	45,5	--	--	25	+20,5
Lettland	9	37,5	37,5	±0,0	25	+12,5
Litauen	12	9,1	25,0	-15,9	24	-14,9
Luxemburg	6	33,3	16,7	+16,6	28	+5,3
Malta	6	66,7	0,0	+66,7	13	+53,7
Niederlande	26	42,3	48,0	-5,7	39	+3,3
Österreich	19	44,4	41,2	+3,3	32	+12,4
Polen	51	23,5	22,0	+1,5	25	-1,5
Portugal	22	38,1	36,4	+1,7	31	+7,1
Rumänien	33	31,3	36,4	-5,1	13	+18,3
Schweden	20	55,0	55,6	-0,6	43	+12,0
Slowakei	13	30,8	38,5	-7,7	22	+8,8
Slowenien	8	37,5	28,6	+8,9	33	+4,5
Spanien	54	40,7	36,0	+4,7	40	+0,7
Tschechien	22	23,8	18,2	+5,6	20	+3,8
Ungarn	22	19,1	36,4	-17,3	10	+9,1
Zypern	6	16,7	33,3	-16,6	14	+2,7
<b>Summe</b>	<b>751</b>	<b>36,9</b>	<b>35,1</b>	<b>+ 1,8</b>	<b>28</b>	<b>+8,9</b>

\* gemäß Ergebnis der jeweils letzten nationalen Wahl

Quelle: [http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20140708STO51844/html/Parliament-figured-out-the-facts-on-new-MEPs?;http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-decision-making/database/politics/national-parliaments/index\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20140708STO51844/html/Parliament-figured-out-the-facts-on-new-MEPs?)  
(eigene Zusammenstellung und Berechnung; Stand: 30.7.2014)

Dieser Befund zeigt sich etwa auch beim Blick auf die deutschen MEPs. In Folge der abgeschafften Sperrklausel gelang in 2014 erstmals 14 (!) Parteien der Sprung ins EP.<sup>5</sup> Neben den fünf im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sind dies neun neue Parteien bzw. schon vorher bestehende Klein- und Kleinstparteien. Die AfD ist mit sieben Mandaten die

<sup>5</sup> Vgl. [http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU\\_BUND\\_14/ergebnisse/gewaelhte/partei/](http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_14/ergebnisse/gewaelhte/partei/)

größte Partei, alle anderen verfügen nur über ein bis max. drei Mandate (Tabelle 2). Der Frauenanteil liegt mit 29,4 % unter dem Anteil der anderen deutschen Parteien im EP.

*Tabelle 2: Frauenanteil in den deutschen Klein- und Kleinstparteien (absolute Zahlen)*

AfD	Familien- partei	FDP	Freie Wähler	NPD	ÖDP	Piraten	DIE Partei	Tier- schutz partei	Summe Frauen (Männer)
2 (7)	0 (1)	1 (3)	1 (1)	0 (1)	0 (1)	1 (1)	0 (1)	0 (1)	5 (17)

Quelle: eigene Auszählung

In der Gesamtschau gilt auch in 2014, dass der Anteil weiblicher Abgeordneter im EP höher ist als im Durchschnitt der nationalen Parlamente. Positiv wirkt sich aus, dass zu den europaweit einheitlichen Wahlgrundsätzen für die EP-Wahlen der Grundsatz der Verhältniswahl gehört. Verhältniswahlen gelten gemeinhin als „frauenfreundlicher“, da sie etwa einfacher mit Quoten zu verbinden sind und die Personalisierung von Wahlkämpfen geringer ist. Allerdings zeigt eine neuere Studie, dass dies nur ein Faktor unter vielen ist, denn auch Unterschiede in den eher technischen Aspekten der nationalen Europawahlgesetze (z.B. offene oder geschlossene Listen; Wahlkreisgrößen) haben einen Einfluss auf die Förderung der Chancen von Kandidatinnen, ein Mandat im EP zu erringen (Fortin-Rittberger/Rittberger 2014). Weiterhin gewichtig sind auch die sozioökonomische Faktoren, um die Repräsentation von Frauen im nationalen Parlament sowie im EP zu erklären (ebd.: 14).

Empirisch gut belegt ist zudem die These, dass linksorientierte Parteien mehr Frauen für politische Ämtern rekrutieren als rechtsorientierte (vgl. Fortin-Rittberger/Rittberger 2014: 12). Der Grund ist, dass diese stärker einem Gleichheitsideal verpflichtet sind und sich zudem responsiv gegenüber entsprechenden Erwartungen ihrer WählerInnenschaft verhalten. Dies spiegelt sich auch bei den EP-Wahlen und im EP wieder. Insbesondere EU-skeptische oder -feindliche Parteien, die zumeist dem rechten Lager angehören, sind weniger geneigt, Frauen zu rekrutieren, wie eine Studie für Osteuropa belegt (Chiva 2014). So waren in den explizit rechten Fraktionen im EP Frauen stets ein Minderheit (vgl. Hoecker 2013: 92ff.). Dies zeigt sich in Deutschland bei der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD): Sie trat mit nur 6 Frauen unter den 28 EP-KandidatInnen an; dies entspricht 21,4 %. Unter den gewählten sieben MEPs sind zwei Frauen (28,6%).

Auch in den politischen Gruppen (Fraktionen) im EP spiegelt sich der Befund „parties matter“ insgesamt wieder. Zunächst einmal ist zu erwähnen, dass das EP als Fraktionsparlament organisiert ist, d.h. am Fraktionsstatus hängen zentrale Rechte und Ressourcen für die Fraktion insgesamt und damit auch für die einzelnen MEPs. Insofern ist der Anreiz groß, Fraktionen zu bilden. Allerdings sind gemäß der Geschäftsordnung des EP an die Bil-

derung von Fraktionen einige Bedingungen geknüpft.<sup>6</sup> Die Fraktionen sind transnationale Parteienallianzen, die auf den existierenden Europarteien aufbauen. Während die Fraktionen über die Legislaturperioden hinweg relativ stabil sind, ist ihre Binnenmobilität hoch, so dass es immer wieder zu Umbildungen innerhalb der Fraktionen kommt. D.h. neue Parteien werden aufgenommen, andere scheiden aus oder schließen sich ggf. einer anderen Fraktion an.

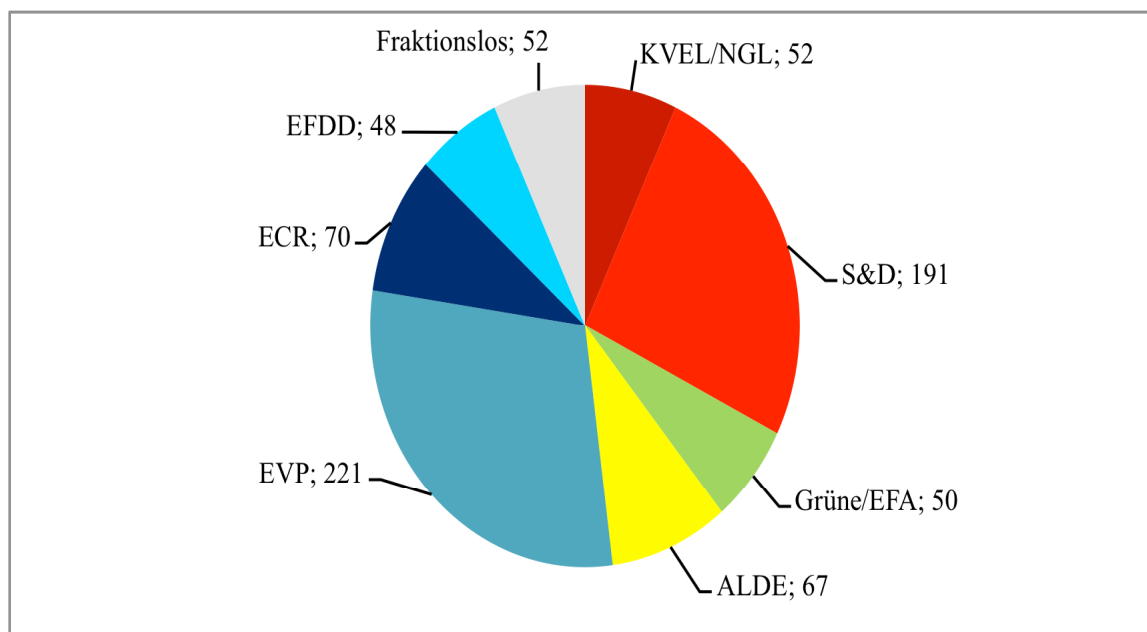
In den Wochen nach der Wahl genoss der Prozess der Fraktionsbildung höchste Priorität. So wurde rechts der Mitte um die neuen Klein- und Kleinstparteien geworben, um die Bedingungen an eine Fraktionsbildung zu erfüllen. Eine lange Zeit sah es so aus, als wäre gar die Bildung einer Fraktion um Marine Le Pens rechtsextremer Front National und Geert Wilders' rechtspopulistischer Freiheitspartei möglich; sie riefen im Vorfeld der Wahlen zu einer „Faust gegen Europa“ auf (Cicero 2014). Diese Fraktionsoption hat sich inzwischen zerschlagen. Stattdessen ist die politische Gruppe „Europa der Freiheit und Direkten Demokratie“ (EFDD) – angeführt von der britischen UKIP und der Lega Nord – um 50% gewachsen, da sie neue rechtspopulistische Kleinparteien aufgenommen hat und die UKIP zudem als stärkste britische Partei in das neue EP einzog. Die rechtsextremen Parteien (wie die Front National, die NPD, die ungarische Jobbik oder die griechische Goldene Morgenröte) finden sich in der großen Gruppe (54 MEPs) der fraktionslosen Abgeordneten wieder.

Im neuen EP ist die konservativ-christdemokratische Europäische Volkspartei nach wie vor die stärkste Gruppe, gefolgt von den Sozialisten und Demokraten (Schaubild 3). Drittstärkste Kraft wurde erstmals die EU-skeptische Fraktion der Konservativen und Reformisten (EKR), die von den britischen Tories angeführt wird und die auch die AfD sowie die Familienpartei Deutschlands aufgenommen hat. Die liberale ALDE-Fraktion ist erstmals nur die viertstärkste Kraft. Ihr folgen die Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne (KVEL/NGL) und die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA).

---

<sup>6</sup> Um eine Fraktion im EP zu bilden, sind mindestens 25 MEPs aus mindestens sieben Mitgliedstaaten erforderlich. Zudem muss ein gemeinsames Programm vorgelegt werden, um die Bildung sog. „technischer“ Fraktionen zu verhindern.

Schaubild 3: Verteilung der Mandate in den politischen Gruppen im EP 2014



Abkürzung: KVEL/NGL – Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne; S&D – Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten; Grüne/EFA – Grüne/Europäische Freie Allianz im EP; ALDE – Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa; EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei; ECR – Europäische Konservative und Reformisten; EFD(D) – Europa der Freiheit und (direkten) Demokratie

Quelle: <http://www.results-elections2014.eu/en/election-results-2014.html> (30.7.2014)

Der Anteil weiblicher MEPs in den Fraktionen variiert zwischen 21,4 bis 50 %. Lediglich in der ERC-Fraktion (21,4 %) und unter den Fraktionslosen (26,9 %) liegt der Frauenanteil unter dem Durchschnitt der nationalen Parlamente (28 %). In allen anderen Fraktionen liegt er in der Regel weit über dem Durchschnitt in den Mitgliedstaaten (vgl. Tabelle 3). Auch in den rechten Parteien ist die Rekrutierung von Kandidatinnen eine wichtige Strategie, um die weibliche Wählerschaft anzusprechen und zu gewinnen. Zudem unterliegen auch rechte Parteien – sofern vorhanden – gesetzlichen Quotenregelungen auf nationaler Ebene. So ist etwa die Front National (FN) um Le Pen eine ausgesprochen „weibliche“ Partei, dank der starren Quotenvorgaben im Rahmen der französischen Parité-Gesetze, verbunden mit scharfen finanziellen und rechtlichen Sanktionen (vgl. Murray 2012).

Tabelle 3: Anteil weiblicher MEPs in den Fraktionen 2009 und 2014

Fraktionen	2014		2009		Differenz in Prozent- punkten
	MEPs insgesamt	Frauen (%)	MEPs insgesamt	Frauen (%)	
KVEL/NGL	52	50,0	35	28,5	+21,5
S&D	191	45,0	184	40,2	+4,8
Grüne/EFA	50	42,0	55	54,5	-12,5
ALDE	67	40,0	84	45,2	-5,2
EVP	221	30,3	265	33,5	-3,5
ERC	70	21,4	55	12,7	+8,7
EFDD	48	37,5	32	15,6	+21,9
Fraktionslose	52	26,9	26	19,2	+7,7

Quelle: Hoecker 2013, 91; eigene Ergänzung.

Angesichts dessen, dass die rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräfte im neuen EP erstarkt sind, wäre selbst ein gesunkener Anteil an weiblichen MEPs möglich gewesen; dies ist jedoch nicht der Fall. Im Gegenteil: Einige der rechtspopulistischen Parteien haben einen ausgesprochen hohen Frauenanteil (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteil weiblicher MEPs in rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien 2014

Partei	Land	Fraktion*	MEPs insgesamt	Frauen in % (n)
AfD	Deutschland	ERC	7	28,6 (2)
Front National	Frankreich	fraktionslos	23	39,1 (9)
Freiheitspartei	Niederlande	fraktionslos	4	25,0 (1)
FPÖ	Österreich	fraktionslos	4	25,0 (1)
Die Finnen	Finnland	ERC	2	0,0 (0)
Goldene Morgenröte	Griechenland	fraktionslos	3	0,0 (0)
Jobbik	Ungarn	fraktionslos	3	33,3 (1)
Lega Nord	Italien	fraktionslos	5	20,0 (1)
Movimento 5 Stelle	Italien	EFDD	17	47,1 (8)
Neuer Rechter Kongress	Polen	fraktionslos	4	0,0 (0)
NPD	Deutschland	fraktionslos	1	0,0 (0)
Schwedendemokraten	Schweden	EFDD	2	50,0 (1)
UKIP	Großbritannien	EFDD	24	29,2 (7)
Vlaams Belang	Belgien	fraktionslos	1	0,0 (0)
Volkspartei	Dänemark	ERC	4	25,0 (1)

Quelle: Eigene Auszählung.

Freilich zeigt sich nach wie vor das bekannte Muster, dass in den Linksparteien der Frauenanteil höher ist als in den Parteien des rechten Lagers. Doch auch im rechten Lager ist der Frauenanteil gewachsen. In der EFDD hat sich der Frauenanteil seit den Wahlen 2009 gar mehr als verdoppelt, während er in der Fraktion der Grünen/EFA geschrumpft ist (vgl. Tabelle 3).



Eine der ersten Aufgaben eines neuen Parlaments ist die Bestellung der internen Führungspositionen (Tabelle 5). Diese werden in der Regel für eine halbe Legislaturperiode, d.h. für 2,5 Jahre gewählt. Zu diesen Führungspositionen gehört zunächst einmal das Präsidium. Der alte EP-Präsident Martin Schulz, der als Spitzenkandidat der Sozialdemokraten in das Rennen um die Kommissionspräsidentschaft ging, ist als neuer Präsident wiedergewählt worden. Ihm stehen insgesamt 14 VizepräsidentInnen zur Seite; hiervon sind 6 Frauen. Unter den QuästorInnen<sup>7</sup> ist der Frauenanteil weiterhin mit 40 % recht hoch. Ferner ist die Besetzung von Führungspositionen in den sieben politischen Gruppen (Fraktionen) relevant, von denen zwei mit einem Führungsduo agieren. Insgesamt sind wieder zwei Frauen Fraktionsvorsitzende (Rebecca Harms, Grüne/EFA und Gabi Zimmer, KVEL/NGL).

Tabelle 5: Anteil von Frauen in den Führungspositionen im EP 2009 und 2014

Position	2014		2009*	
	Frauen % (n)	Männer % (n)	Frauen % (n)	Männer % (n)
PräsidentIn	0,0 (0)	100,0 (1)	0,0 (0)	100,0 (1)
VizepräsidentInnen	43,0 (6)	57,0 (8)	32,1 (9)	67,9 (19)
QuästorInnen	40,0 (2)	60,0 (3)	40,0 (2)	60,0 (3)
Fraktionsvorsitz	22,0 (2)	78,0 (7)	22,0 (2)	77,0 (7)
Ausschussvorsitz**	45,0 (10)	55,0 (12)	36,3 (8)	63,7 (14)
Vizeausschussvorsitz**	44,2 (38)	55,8 (48)	37,1 (43)	62,9 (73)
Delegationsvorsitz	42,4 (14)	57,6 (19)	22,2 (8)	77,8 (28)

\* Angaben für die erste und zweite Hälfte der Legislaturperiode sind zusammengerechnet.

\*\* Ständige Ausschüsse sowie Unterausschüsse

Quelle: [http://static.euractiv.com/files/the\\_european\\_parliament\\_2014-2019\\_072014-en-04.pdf](http://static.euractiv.com/files/the_european_parliament_2014-2019_072014-en-04.pdf);  
Hoecker 2013: 111, 114; Europäisches Parlament 2014; eigene Zusammenstellung.

Des Weiteren sind die Führungspositionen in den insgesamt 24 Ausschüssen (22 Ständige plus zwei Unterausschüsse) des EP zu besetzen. Frauen haben in 10 Ausschüssen den Ausschussvorsitz und ihr Anteil ist auch unter den Vizevorsitzenden im Vergleich zur 7. WP nochmals gewachsen. Er liegt mit rund 45 % über dem Frauenanteil unter den MEPs. Dies ist ein positives Signal. Gleichwohl lässt sich einwenden, dass

„although a small increase in the overall number of female MEPS as well as female EP Committee Chairs can be observed in the 8th Parliamentary term, this does not translate into a fairer gender balance in terms of real power and representation” (Renman/Conroy 2014: 1).

Denn der detaillierten Analyse von Renman und Conroy (2014) zufolge haben die politisch einflussreichsten und im Legislativprozess mächtigsten Ausschüsse einen männlichen Vorsitz. Renman und Conroy (2014: 3) zeigen, dass in der 7. WP die Ausschüsse für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI); Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE); Wirtschaft und Währung (ECON) sowie Internationaler Handel (INTA) am stärksten im Gesetzgebungsprozess eingebunden waren (im Rahmen des sog. Ordentlichen

<sup>7</sup> QuästorInnen entscheiden über Verwaltungs- und Finanzaufgaben, welche die MEPs und ihre Arbeitsbedingungen direkt betreffen.

Gesetzgebungsverfahrens). Von diesen Ausschüssen hatte nur ein einziger eine weibliche Vorsitzende.

Basierend auf der vom designierten Kommissionspräsidenten ausgegebenen Agenda für die Jahre 2014-2019 lässt sich vermuten, dass diese Ausschüsse auch in der neuen WP diejenigen sein werden, die legislativ am aktivsten sind (vgl. ebd.: 4-6). Renman und Conroy folgern somit auch für die 8. WP, dass „most female committee chairs ... will be responsible for committees that in the last sessions proved the least influential, suggesting a disparity in influence between the genders“ (ebd.: 3). Sie zeigen ferner, dass auch in den Fraktionen, in denen Gleichstellung einen höheren Stellenwert genießt, die Bereitschaft zur Nominierung weiblicher MEPs für das Amt als Ausschussvorsitzende nicht zwangsläufig höher ist bzw. auch hier die legislativ wichtigen Ausschüsse eher mit männlichen Vorsitzenden besetzt werden (vgl. ebd.: 5f.).

Die Repräsentation weiblicher MEPs ist auch unter den einfachen Ausschussmitgliedern unterschiedlich hoch. So waren in der 7. WP im konstitutionellen Ausschuss AFCO nur 16 % weibliche MEPs, im beschäftigungs- und sozialpolitischen Ausschuss EMPL hingegen 54 % (Europäisches Parlament 2014, 10). Auch in der neuen, 8. WP. spiegelt die Zusammensetzung der einflussreichen Ausschüsse nicht unbedingt die Gesamtzusammensetzung des EP wieder. Nur neun Ausschüsse geben die Gesamtzusammensetzung angemessen wieder (Renman/Conroy 2014: 3). Zwar erhöhte sich der Frauenanteil im AFCO, er liegt aber weiterhin nur bei 22 %. Im EMPL liegt er gleichbleibend bei 54,5 %. Im legislativ wichtigen Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen ECON, der nicht zuletzt für die Mitwirkung des EP in der Krisenpolitik relevant ist, liegt der Frauenanteil unter den Ausschussmitgliedern bei nur 23%. Nur leicht besser ist es im ebenfalls einflussreichen Ausschuss für Industrie und Forschung (ITRE). Ein positives Beispiel ist der LIBE-Ausschuss mit 56,7 % Frauenanteil. Der FEMM ist nach wie vor der „weiblichste“ Ausschuss im EP; von den 67 Mitgliedern sind zehn Männer. Dies entspricht, wie schon in der 7. WP, einem Frauenanteil von 85 %. Renman und Conroy folgern, dass die eher männerdominierten Ausschüsse (in Bezug auf den Ausschussvorsitz und die Gesamtzusammensetzung) eher auf die „harten“ Bereiche ausgerichtet sind, während die Ausschüsse, in denen eine höhere Frauenrepräsentation festzustellen ist, eher auf die „weichen“ Themen ausgerichtet sind.

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass das EP im Vergleich zum Durchschnitt der nationalen Parlamente in der EU-28 nach wie vor „frauenfreundlicher“ ist. Allerdings zeigen sich zwischen den Mitgliedstaaten gravierende Unterschiede. Das lange Zeit verbreitete Muster, wonach die nordischen Staaten eine Führungsposition belegten, gefolgt von einigen westeuropäischen Staaten und die süd- und osteuropäischen Staaten die Schlusslichter bilden, ist nicht mehr so deutlich. Der Rechtsruck bei den EP-Wahlen 2014 hat sich nicht generell zulasten von Frauen ausgewirkt, auch wenn insgesamt noch ein Links-Rechts-Muster bei der Repräsentation von Frauen im EP zu erkennen ist. Die zunehmende Zersplitterung von Parteiensystemen in vielen Mitgliedstaaten wirkt sich auch und – wegen des Nebenwahl-Charakters – in besonderem Maße bei den EP-Wahlen aus und führt in einigen Ländern zu teils dramatischen Verschiebungen bei der Sitzverteilung (z.B. in Frankreich oder Großbritannien). Wenn zudem die Anzahl von Klein- und Kleinstparteien im EP steigt, dann spielt es eine entscheidende Rolle, ob Kandidatinnen auf den vorderen Listenplätzen landen. Hierfür

sind die Rekrutierungsstrategien nationaler Parteien sowie das Vorhandensein gesetzlicher oder parteipolitische Quoten in den Mitgliedstaaten zentral; europäische Vorgaben hierzu gibt es nicht. Aber auch jenseits von Quoten bestehen weitere Instrumente, welche den Selektions- und Rekrutierungsprozess in politischen Parteien beeinflussen und zur Frauenförderung genutzt werden (vgl. Krook/Norris 2014). Auch rechte Parteien die Chance ergriffen, mehr Kandidatinnen zu nominieren, um hierdurch eine weibliche Wählerschaft ansprechen zu können. Der Front National ist hierfür ein Beispiel. Die Entwicklung wird für die Wahlen 2019 weiter zu beobachten sein.

Schließlich ist die Verteilung von Dossiers und Führungspositionen im neu konstituierten EP zu beachten. Rein quantitativ zeigen sich einige positive Trends. Jedoch zeigt die detailliertere Analyse, dass von einer echten paritätischen Zusammensetzung im Hinblick auf die Machtpositionen noch keine Rede sein kann. So zeigt der Blick auf die Ausschüsse, die im Machtgefüge des EP als Arbeitsparlament eine entscheidende Rolle spielen, dass die Machtverteilung auch weiterhin einen Genderbias hat. Vor dem Hintergrund der von Juncker ausgerufenen Agenda für institutionelle und demokratische Reformen stellt sich, so Renman und Conroy (2014: 7), die Frage, ob diese Reformen, die für die Zukunftsfähigkeit der Union wichtig sind, auch mit und für Frauen gestaltet werden.

### **3.2 Die Bestellung der Europäischen Kommission**

Das Motto „Dieses Mal ist es anders“ bezog sich vor allem auch darauf, dass bei den Wahlen 2014 erstmals die seit langem eingeforderte stärkere Personalisierung der Wahlen stattfand. Zum ersten Mal wurden von den meisten Europarteien SpitzenkandidatInnen nominiert. Unter den insgesamt acht SpitzenkandidatInnen der Europarteien (EVP, PES, ELDR, Grüne, Linke, Piraten) fanden sich kaum Frauen. Lediglich die Grünen und die Piraten, die beide mit einer Doppelspitze antraten, nominierten jeweils eine Frau. Die Spitzenkandidaten der anderen Parteien waren allesamt Männer.

Nach dem Modell nationaler parlamentarischer Demokratien sollte, so die Idee, der/die SpitzenkandidatIn der Partei, die als Sieger aus den Wahlen hervorgeht, den/die PräsidentIn der nächsten Europäischen Kommission stellen. Diese Strategie geht auf eine neue Bestimmung des Lissabon-Vertrags zurück (Art. 17 AEUV), der zufolge der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs bei der Benennung des/der KandidatIn für die Kommissionspräsidentschaft das Ergebnis der EP-Wahlen zu berücksichtigen habe. Über die Auslegung, was Berücksichtigung konkret bedeutet, gab es politischen Streit. Vom EP wurde der Artikel in dem o.g. Sinne ausgelegt, dass Jean-Claude Juncker – als Spitzenkandidat der Siegerpartei EVP – zum Kommissionspräsidenten bestimmt werden müsse. EVP, S&D und ALDE schlossen schon vor den Wahlen einen Pakt, dass sie keinen anderen Kandidaten akzeptieren würden; diesen Pakt bekräftigten sie abermals am Tag nach der Wahl. Das EP konnte sich mit seiner Auslegung von Art. 17 im Machtpoker mit dem Europäischen Rat schließlich durchsetzen und wählte am 15. Juli 2014 Juncker zum neuen Kommissionspräsidenten.

Nun ist die Besetzung des Kommissionspräsidenten nur eine von vielen Führungspositionen auf EU-Ebene. Von Juli bis Mitte September 2014 fanden zwischen Juncker und den nationalen Regierungen die Verhandlungen um die Posten der anderen 27 KommissarInnen

statt, denn die neue Kommission soll am 1. November ihr Amt antreten. Die ist nur möglich, wenn das EP vorher die Anhörungen der KandidatInnen für die 27 Posten erfolgreich abschließt und die Kommission als Kollegium mit absoluter Mehrheit wählt. Einige KommissarInnen könnten bei den Ende September/Anfang Oktober stattfindenden Hearings aber Probleme stoßen. So ist der designierte spanische Kommissar Miguel Arias Cañete in der Vergangenheit durch sexistische Äußerungen negativ aufgefallen und es wird erwartet, dass das EP seine Einstellungen zur Frage von Geschlechtergleichheit intensiv prüfen wird.<sup>8</sup>

Gerade auch die Kommission, die im europäischen Gesetzgebungsprozess aufgrund ihres Initiativmonopols ein entscheidender Impulsgeber ist, war über Jahrzehnte eine „frauenfreie Zone“ (vgl. Tabelle 6). Ende der 1980er Jahre wurden erstmals Kommissarinnen benannt. Ihr Anteil ist seitdem kontinuierlich gestiegen und betrug unter in den beiden Barroso-Kommissionen jeweils neun aus 27 (33%).

*Tabelle 6: Frauenanteil in der Europäischen Kommission 1952-2014 (in %)*

1958 -1989	1989 -1992	1993 -1994	1995 -1999	1999 -2004	2005 -2009	2010 -2014	2014 -2019
0	12	6	25	25	33	33	33

Quelle: Hoecker 2013: 158; eigene Ergänzung.

Das EP hat im Gefolge der Wahl 2014 und seiner Mitwirkungsrechte bei der Wahl der Kommission seine Erwartung deutlich gemacht, dass die nationalen Regierungen eine große Anzahl von Frauen für diese Positionen nominieren; das EP werde keine überwiegend männlich besetzte EU-Kommission wählen. Der Anteil von Frauen müsse zumindest gehalten, besser noch gesteigert werden. Auch Juncker hatte diese Erwartung im Anschluss an seine Wahl bekräftigt. Begleitend dazu hatte die ehemalige Justizkommissarin Reding (EVP) eine Kampagne „10 oder mehr“ für die Nominierung der Kommission gestartet. Jedoch zeigte sich in den letzten Monaten, dass dieser Ruf in den Mitgliedstaaten überwiegend auf taube Ohren stieß. Die Verhandlungen um die Besetzung der Spitzenpositionen sind kompliziert, denn das Geschlecht konkurriert hierbei mit anderen Kriterien wie dem Regionalproporz und der Parteizugehörigkeit. Bis zur ersten Deadline Ende Juli waren von den nationalen Regierungen lediglich zwei (!) Frauen als Kommissarinnen ins Spiel gebracht worden (Cáceres 2014). Erst in den vergangenen Wochen weitere Kandidatinnen nominiert, so dass Juncker nun ein Personaltableau mit insgesamt neun Kommissarinnen vorlegen konnte. Dafür war es erforderlich, erstens einen gewissen öffentlichen Druck zu entfalten – wobei das EP ihm zur Seite stand – und zweitens den Regierungen im Gegenzug für die Nominierung von Kandidatinnen wichtige Portfolios in Aussicht zu stellen (Renman/Conroy 2014: 1). Vor diesem Hintergrund wird es möglicherweise erklärbar, warum so viele Kommissarinnen

<sup>8</sup> Der Konservative Cañete hatte im EP-Wahlkampf seine sozialistische Herausforderin in einer Fernsehdebatte mit der Bemerkung abqualifiziert, sie sei keine ebenbürtige Gegnerin. Denn er könne seine intellektuelle Überlegenheit nicht einfach ausspielen, weil ihm das einer wehrlosen Frau gegenüber als Sexismus angelastet würde (vgl. EurActive 2014c).

(nämlich fünf von neun) von den osteuropäischen Staaten nominiert wurden.<sup>9</sup> Im Ergebnis kann Juncker den Frauenanteil der beiden Barroso-Kommissionen von jeweils 33% zumindest halten (vgl. EurActiv 2014a). Unter den nunmehr sieben Vizepräsidenten der Kommission sollen zudem drei Frauen sein.

#### 4. Substantielle Repräsentation: Genderpolitische Prioritäten 2014-2019

Der Zusammenhang zwischen deskriptiver und substantieller Repräsentation ist ein zentrales Thema der feministischen Partizipationsforschung. Die Annahme, dass Frauen in der Politik auch responsiver gegenüber Fraueninteressen und Genderpolitik sind, ist vielfach bezweifelt worden, vielmehr ist das Verhältnis zwischen „standing for“ und „acting for“ komplex. So kann von einer hohen deskriptiven Repräsentation nicht automatisch auf eine hohe substantielle Repräsentation geschlossen werden. Hier kann nicht der Forschungsstand im Detail dargestellt werden, sondern es muss für die hier gemachte Argumentation genügen, auf neuere Ansätze zu verweisen. Demzufolge kann die Qualität substantieller Repräsentation nicht einfach über die Präsenz von (feministischen) Politikerinnen erfasst werden. Zwar wird ein „politics of presence“ (Phillips 1995) – also die Repräsentation von genderpolitischen Akteurinnen in politischen Institutionen – durchaus als eine förderliche Bedingung betrachtet, doch sie können nicht einfach als Reflexionsfläche für gesellschaftliche Interessen konzeptionalisiert werden. Denn, so Celis u.a.,

„political representation is best conceptualized as an active, multifaceted, and contingent process, driven by a broad swathe of actors with various views on group issues and interests, rather than as an authentic reflection of the values and needs of society by legislators through the vehicle of public policy“ (Celis u.a. 2014: 152)

Vor diesem Hintergrund ist das EP nur ein genderpolitischer Akteur – und zudem ein intern stark fragmentierter – im EU-Mehrebenensystem. Gleichwohl ist zu betonen, dass das EP in der Vergangenheit mit seinen überparteilichen Mehrheiten genderpolitischen Anliegen gegenüber positiv eingestellt war. Hix (2013) hat gezeigt, dass die parteipolitische Dimension im EP insgesamt an Bedeutung gewinnt. Gerade genderpolitische Entscheidungen werden entweder von einer „Super Grand Coalition“ aus EVP, S&D sowie ALDE oder von einer Mitte-Links-Koalition aus S&D, ALDE plus weitere Parteien getragen. Grüne/EFA und KVEL/NGL erreichen gerade auch auf dem Gebiet der Gleichstellung eine hohe Abstimmungskohärenz zugunsten progressiver politischer Maßnahmen, während die Kohärenz bei den Liberalen sowie im rechten Lager niedrig ist (ebd.: 4f.).

<sup>9</sup> Sofern das EP in den kommenden Wochen den Vorschlägen zustimmt, werden der Kommission 2014-2019 folgende Kommissarinnen angehören und für folgende Ressorts zuständig sein (EurActiv 2014b): Federica Mogherini (Italien), Hohe Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin; Elżbieta Bieńkowska (Polen), Binnenmarkt und Vizepräsidentin; Alenka Bratušek (Slowenien), Energie und Vizepräsidentin; Cecilia Malmström (Schweden), Handel; Kristalina Georgieva (Bulgarien), Haushalt; Margrethe Vestager (Dänemark), Wettbewerb; Věra Jourová (Tschechien), Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellungsfragen; Corina Crețu (Rumänien), Regionalpolitik; Marianne Thyssen (Belgien), Beschäftigung und soziale Angelegenheiten.

Eine wichtige Voraussetzung für genderpolitische Aktivitäten der EU ist eine öffentliche Unterstützung hierfür. Schon frühzeitig hat Liebert (1998) *gender gap* in der öffentlichen Meinung zur EU konstatiert. Die tendenziell geringere Zustimmung, das geringere Vertrauen und Wissen bei Frauen gegenüber der EU wird auch in neueren Eurobarometer-Umfragen bestätigt. So gibt einer neueren Eurobarometer-Umfrage zufolge nahezu die Hälfte der Frauen (46 %) an, dass sie das Gefühl haben, ihrer Interessen würden in der EU nicht berücksichtigt (Renman/Conroy 2014: 7; vgl. auch Hoecker 2013: 19ff). Dabei wird eine stärkere Politik der Geschlechtergleichheit durchaus von den Wählerinnen und Wählern goutiert und geschlechtsbedingte Diskriminierung wird weiterhin als wichtiges Problem gesehen, wie Eurobarometer-Daten zeigen (vgl. Renman/Conroy 2014: 7f.). Es ist zu vermuten, dass die ökonomische Krise der letzten Jahre zur Wahrnehmung einer nicht hinreichenden Responsivität beigetragen hat. Die Austeritätspolitiken gingen zulasten von sozialpolitischen Programmen und haben damit Frauen besonders getroffen in Folge fortwährender geschlechtsspezifisch segregierter Arbeitsmärkte und aufgrund der Zuweisung der Reproduktionsarbeit an sie. Der genderpolitische Bias im Krisenmanagement ist in vielen Studien belegt worden (vgl. Karamezzini/Rubery 2014).

Dabei ist Genderpolitik – gemäß dem Prinzip des Gender Mainstreaming – eine Querschnittsaufgabe; Gendereffekte müssen bei allen Policies Berücksichtigung finden und Policies müssen auf die Herstellung von mehr Geschlechtergleichheit hinwirken. Soweit die Theorie. In der Praxis zeigt sich, dass sie in den unterschiedlichen Politikbereichen der EU – so auch in der *economic governance* der EU – in unterschiedlichem Maße verankert ist (vgl. für viele Abels/Mushaben 2012; Kantola 2010). Diese ungleichmäßige Implementierung von Gender Mainstreaming findet auch in den Ausschüssen des EP ihren Niederschlag (s.o.).

Innerhalb des EP spielt der Ausschuss für die Rechte der Frauen und Chancengleichheit (kurz: FEMM) für die Entwicklung der Genderpolitik eine wichtige Rolle. Der FEMM ist ein sog. neutraler, nichtobligatorischer Ausschuss. Dies hat Folgen sowohl für seine Zusammensetzung, sein Ansehen und den Grad seiner Mitwirkung im Gesetzgebungsprozess. Der FEMM-Ausschuss wird relativ selten federführend im Gesetzgebungsprozess tätig. Ihm wird gemeinhin ein geringerer Stellenwert zugeschrieben – und zwar auch von den MEPs selber:

„Despite being relatively active in issuing political opinions and drafting initiatives, its direct law-making power is found to be minor. The committee is, moreover, one of the smallest and has been described as ‚irrelevant‘ by MEPs.“ (Renman/Conroy 2014: 7)

Gleichwohl muss dies, wie Petra Ahrens (2012) argumentiert, nicht per se ein Nachteil sein, insofern die FEMM-Mitglieder ein hohes intrinsisches Engagement und oftmals entsprechende Policy-Kompetenz mitbringen. Zudem werde durch Doppelmitgliedschaft im FEMM und in weiteren Ausschüssen die Diffusion von genderpolitischen Themen – durchaus im Sinne des Mainstreaming – verbessert. Entscheidend für die Stärke und Handlungsfähigkeit des FEMM sei letztlich, so Ahrens, dessen programmatische Homogenität:

„Gerade diese Homogenität und eine Art Zusammengehörigkeitsgefühl führten zu einer einheitlichen Linie des FEMM-Ausschusses gegenüber anderen Ausschüssen und damit zu politischer Geschlossenheit. Ohne politische Homogenität ließen sich viele politische Anliegen (z.B. Änderungsanträge bei Stellungnahmen) bei anderen Aus-

schüssen nicht durchsetzen, weil sich eine uneinheitliche Linie von diesen leichter ignorieren lässt.“ (Ahrens 2012: 125)

Mit Blick auf die Zusammensetzung des FEMM in der neuen, 8. Wahlperiode ist diese Homogenität jedoch prekär. Denn gerade auch unter den neuen und oftmals EU-skeptischen Kleinparteien finden sich viele genderpolitisch erzkonservative Parteien, für die gerade auch der FEMM-Ausschuss ein interessantes Betätigungsfeld bietet. Im FEMM versammeln sich neben dem MEP der konservativen deutschen Familienpartei auch MEPs der AfD (ERC), der österreichischen FPÖ, der slowenischen Konservativen Demokraten, der niederländischen Freiheitspartei, der französischen Front National, der nationalkonservativen polnischen PIS, der ungarischen Fidesz und der rechtsextremen Jobbik. Sie haben zwar keine Mehrheit im FEMM (vgl. Tabelle 7), aber ein erhebliches Störpotential.

*Tabelle 7: FEMM-Zusammensetzung nach Geschlecht und politischer Zugehörigkeit, 2014*

	MEPs insgesamt	Frauen in % (n)
EVP	18	94,4 (17)
S&D	18	94,4 (17)
ERC	6	66,6 (4)
ALDE	6	83,3 (5)
KVEL/NGL	6	83,3 (5)
Grüne/EFA	5	60,0 (3)
EFDD	4	75,0 (3)
Fraktionslose	4	75,0 (3)
Summe	67	85,1 (57)

Quelle: Eigene Auszählung.

Diese Polarisierung ist freilich nicht prinzipiell neu. Auch in den letzten Legislaturperioden erwiesen sich v.a. Themen wie reproduktive Rechte und Abtreibung als Konfliktthemen im FEMM. Doch sie wird im neuen FEMM möglicherweise schärfer. Dies zeigte sich bereits bei der Besetzung der Führungspositionen im FEMM. Hier kam es zu einem Eklat: Gemeinhin werden die Führungspositionen nach dem D'Hondt-System nach Größe der politischen Gruppen bestellt. Die konservative Gruppe der ERC hat hierfür die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch ins Rennen geschickt. Von Storch gehört zum erzkonservativen Flügel ihrer Partei und war in den vergangenen Monaten mit provokanten Äußerungen u.a. zur traditionellen Rolle der Frau, gegen Gender Mainstreaming und „staatliche Umerziehung“ negativ aufgefallen (Leber 2014). Der insgesamt genderpolitisch progressiv besetzte FEMM-Ausschuss wollte sie deshalb nicht in eine Führungsposition wählen: Die Bewerbung von Storchs um den Posten als vierte Vizevorsitzende scheiterte! Von der ERC wurde sie daraufhin mit einem Posten als Vizefraktionsvorsitzende „entschädigt“ (der ihr politisch mehr Einfluss einräumt als ein Vizeposten im FEMM) und eine andere Kandidatin für den FEMM-Ausschuss benannt.

Welche genderpolitischen Weichenstellungen das neue EP vornimmt, ist derzeit noch unklar. Genderpolitische zentrale Gesetzgebungsprozesse, die in der letzten Legislaturperiode nicht abgeschlossen werden konnten, waren zum einen die Einführung einer Quote für Frau-

en in Führungspositionen in Vorständen und zum anderen eine Ausweitung des Mutterschutzes. Beide Maßnahmen sollen von der neuen FEMM-Vorsitzenden, der spanischen Sozialistin Iratxe García Pérez, wieder aufgegriffen werden. Auch die genderpolitischen Effekte der Krisen- und Austeritätspolitik der letzten Jahre werden die Agenda des FEMM weiter dominieren. Dies sind zentrale Themen, die zunächst allerdings von der Europäischen Kommission, die über das legislative Initiativmonopol verfügt, aufgegriffen werden müssen, um von hier den Weg in das EP und damit auch in den FEMM zu finden.

## 5. Dieses Mal war es anders? Ein Ausblick

Die EU ist ihrem Selbstbild nach eines der genderpolitisch progressivsten Regime auf der Welt. Dieses Selbstbild ist durchaus kritisch zu hinterfragen und Heather MacRae (2010) spricht hier gar von einem Mythos. Hierzu passt, dass die vorliegende Analyse der Europawahl und ihrer Folgen aus Geschlechterperspektive gezeigt hat, dass es bei diesen Wahlen nicht per se anders war. Vom Ziel einer echten Geschlechterparität ist das EP nach wie vor weit entfernt. Insgesamt zeichnen sich einige bemerkenswerte Entwicklungen bei der detaillierteren Analyse der Wahlen und ihrer Folgen ab, die es sich lohnt, in ihrer genderpolitischen Bedeutung genauer zu reflektieren. Der Rechtsruck wird zum einen Spuren im EP selber hinterlassen; die zunehmende Fragmentierung macht eine Mehrheitsbildung schwieriger. Der Rechtsruck nach den EP-Wahlen und auch die Dominanz von Konservativen in der neuen Europäischen Kommission werden vermutlich auch in der Geschlechterpolitik zu einer legislativen Zurückhaltung führen. Es wird sich zudem erweisen müssen, wie ernst es dem designierten Kommissionspräsidenten Juncker mit der Geschlechtergerechtigkeit auch jenseits der deskriptiven Repräsentation auf der Ebene der KommissarInnen ist. Denn wenn er seine Agenda für umfassende Reformen durchsetzen will, um die Zukunftsfähigkeit der Union zu sichern, dann müssen Genderfragen hierin einen wichtigen Platz einnehmen.

Der Rechtsruck und die wachsende Skepsis gegenüber dem europäischen Integrationsprozess werden zum anderen in den EU-Mitgliedstaaten selber folgenreich sein. Viele Parteien haben durch die EP-Wahlen Aufwind erfahren, den sie nun versuchen auch in der nationalen Wahlarena in politisches Kapital und in Mandate in nationalen (oder regionalen) Parlamenten umzumünzen. Dies wird die politischen Konstellationen in den EU-Staaten und die Politiken der nationalen Regierungen zweifelsohne beeinflussen.

Trotz aller berechtigten Kritik und Zweifel ist die genderpolitische Bilanz der EU besser als in vielen anderen Regionen und politischen Systemen auf der Welt, wenngleich noch vieles zu leisten ist. Das EP hat zu dieser in Teilen positiven Bilanz beigetragen und wird dies auch in Zukunft tun. Es wird weiterhin bei der Weiterentwicklung eines europäischen Antidiskriminierungsregimes von wichtiger Bedeutung sein (vgl. Kantola/Nousiainen 2012). Allerdings sind die Bedingungen dafür nach den Wahlen 2014 nicht einfacher geworden. Die weiterhin relativ gesehen hohe deskriptive Repräsentation von Frauen im EP ist ein positiver Faktor, aber für sich alleine keine hinreichende Bedingung für eine aktive Genderpolitik. Im



Sinne eines Verständnisses von politischer Repräsentation als facettenreicher Prozess von „debate, deliberation, and constestation over group interests“ (Celis u.a. 2014; 151) wird es nicht nur auf die Beratungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb des EP oder auf das Zusammenspiel mit den anderen EU-Institutionen ankommen, sondern auch auf das Zusammenwirken mit transnationalen genderpolitischen Öffentlichkeiten. Die Vorzeichen für große oder auch nur kleine Fortschritte in der EU-Geschlechterpolitik sind somit „a mixed bag“.

## 6. Literaturverzeichnis

- Abels, Gabriele, 2011:** Gender Equality Policy, in: Heinelt, Hubert/Knodt, Michèle (Hg.): Policies within the EU Multi-Level System. Instruments and Strategies of European Governance, Baden-Baden, 325-348.
- Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce M. (Hg.), 2012:** Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits. Houndsmill, New York.
- Ahrens, Petra, 2012:** Wenn sich Nachteile als Vorteile erweisen: Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter im Europäischen Parlament, in: *Femina Politica*, 21 (2), S. 119-126.
- Cáceres, Javier, 2014:** Akuter Frauenmangel, in: *Süddeutsche Zeitung*, 31.7.2014, S. 5.
- Celis, Karen/Childs, Sarah/Kantola, Johanna/Krook, Mona Lena, 2014:** Constituting Womn's Interests through Representative Claims, in: *Politics & Gender*, 10 (2), S. 149-174.
- Chiva, Cristina, 2014:** Gender, European Integration and Candidate Recruitment: The European Parliament: Elections in the New EU Member States, in: *Parliamentary Affairs*, 67, S. 458-494.
- Cicero, 2014:** „Eine neue Bereitschaft der Zusammenarbeit“: Interview mit Andreas Speit, in: *Cicero*, 11.4.2014, <http://www.cicero.de/weltbuehne/rechtsradikalismus-europawahl/57399> (Zugriff: 31.7.2014).
- EurActiv, 2014a:** Lack of women no longer a problem for new Commission, <http://www.euractiv.com/sections/social-europe-jobs/lack-women-no-longer-problem-new-commission-308200> (Zugriff: 8.9.2014).
- EurActiv, 2014b:** The Juncker team revealed. Internet: <http://www.euractiv.com/sections/eu-priorities-2020/exclusive-juncker-team-revealed-308203> (letzte Aktualisierung: 10.9.2014).
- EurActiv, 2014c:** „Sexist“ Spanish Commissioner under Parliamentary spotlight. Internet: <http://www.euractiv.com/sections/eu-elections-2014/sexist-spanish-commissioner-under-parliamentary-spotlight-308335> (letzte Aktualisierung: 11.9.2014).
- Europäisches Parlament, 2014:** Frauen im Europäischen Parlament auf politischer Ebene. Internationaler Frauentag 8. März 2014. Referat für Gleichstellung und Vielfalt, Generaldirektion Personal, [http://www.europarl.at/resource/static/files/p7\\_pub-2014-0001\\_de.pdf](http://www.europarl.at/resource/static/files/p7_pub-2014-0001_de.pdf) (Zugriff: 31.7.2014)
- Fortin-Rittberger, Jessica/Rittberger, Berthold, 2014:** Do electoral rules matter? Explaining national differences in women's representation in the European Parliament, in: *European Union Politics*, S. 1-25, DOI: 10.1177/1465116514527179.
- Hecking, Claus, 2014:** EU-Wahlwerbespot: „Voteman“ blamiert dänisches Parlament, in: *Der Spiegel*, 13.5.2014, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/voteman-wahlwerbung-blamage-fuer-daenische-politiker-a-969200.html> (Zugriff: 30.7.2014).

- Hix, Simon, 2013:** Why the 2014 European Elections Matter: Ten Key Votes in the 2009–2013 European Parliament, SIEPS European Policy Analysis. Nr. 15. Internet: [http://www.sieps.se/sites/default/files/2013\\_15epa.pdf](http://www.sieps.se/sites/default/files/2013_15epa.pdf) (Zugriff: 30.7.2014).
- Hoecker, Beate, 2013:** Frauen und das institutionelle Europa: Politische Partizipation und Repräsentation im Geschlechtervergleich, Wiesbaden.
- Kantola, Johanna, 2010:** Gender and the European Union, Basingstoke.
- Kantola, Johanna/Nousiainen, Kevät, 2012:** The European Union: Initiator of a New European Anti-Discrimination Regime?, in: Krizsan, Andrea/Skjeie, Hege/Squires, Judith (Hg.): Institutionalizing Intersectionality: The Changing Nature of European Equality Regimes, Houndsmill, New York, S. 33-58.
- Karamessini, Maria/Rubery, Jill (Hg.), 2014:** Women and Austerity: The Economic Crisis and the Future of Gender Equality, Milton Park, New York.
- Krook, Mona Lena/Norris, Pippa, 2014:** Beyond Quotas: Strategies to Promote Gender Equality in Elected Office, in: Political Studies, 62 (1), S. 2-20.
- Leber, Fabian 2014:** Knallhart konservativ – und bald die wichtigste Frau der AfD, in: Der Tagesspiegel, 24.4.2014, <http://www.tagesspiegel.de/politik/beatrix-von-storch-knallhart-konservativ-und-bald-die-wichtigste-frau-der-afd/9795884.html> (Zugriff: 30.7.2014).
- Liebert, Ulrike, 1998:** Der EU-Gender Gap als Problem der vergleichenden Meinungsforschung"; in: König, Thomas/Rieger, Elmar/Schmitt, Herman (Hg.): Europa der Bürger?, Frankfurt, New York, S. 1778-200.
- Locher, Birgit, 2012:** Gendering the EU Policy Process and Constructing the Gender Acquis, in: Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce M. (Hg.): Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits, Houndsmill, New York, 63-84
- Macrae, Heather, 2010:** The EU as a Gender Equality Policy: Myths and Realities, in: Journal of Common Market Studies, 48 (1), S. 155-174.
- Murray, Rainbow, 2012:** Parity in France: A „Dual Track“ Solution to Women’s Under-Representation, in: West European Politics, 35 (2), S. 343-361.
- Mushaben, Joyce Marie, 1998:** The Politics of Critical Acts: Women, Leadership and Democratic Deficits in the European, in: The European Studies Journal, 2, S. 51-91.
- Niedermayer, Oskar, 2014:** Immer noch eine „nationale Nebenwahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45 (3), (im Erscheinen).
- Phillips, Anne, 1995:** The Politics of Presence, New York.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann, 1980:** Nine Second-order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, 8 (1), S. 3-44.

- Renman, Vilde/Conroy, Caroline, 2014:** Advances in EU Gender Equality: Missing the mark? EPIN Paper Nr. 41, <http://www.ceps.eu/book/advances-eu-gender-equality-missing-mark> (Zugriff: 19.9.2014)
- van der Vleuten, Anna, 2012:** Gendering the Institutions and Actors of the EU, in: Abels, Gabriele/Mushaben, Joyce M. (Hg.): Gendering the European Union. New Approaches to Old Democratic Deficits, Houndsmill, New York, S. 41-62.

## Tübinger Arbeitspapiere zur Integrationsforschung (TAIF)

- Nr. 1 Abels, Gabriele, 2009: Citizens' deliberations and the EU democratic deficit: Is there a model for participatory democracy?
- Nr. 2 Kalata, Jesse, 2009: Europeanizing the Bundeswehr? An Europeanization analysis of „misfit“ between the EU's Security and Defense Policy and German military policy.
- Nr. 3 Schimmang, Beatrice, 2009: Die Erfolgchancen einer europäischen auswärtigen Diplomatie als Beitrag zu einer kohärenten Außen- und Sicherheitspolitik der EU.
- Nr. 4 Klink, Dennis, 2010: Steuerung in der EU-Entwicklungszusammenarbeit mit Kolumbien. Das Beispiel Segundo Laboratorio de Paz.
- Nr. 5 Wilde, Gabriele, 2010: Am Ende des europäischen Verfassungsprozesses: Mehr Demokratie, Partizipation und Legitimation durch den Reformvertrag?
- Nr. 6 Träsch, Jennifer, 2011: Lebensmittelregulierung zwischen Pfadabhängigkeit und Europäisierung. Die ungarische Lebensmittelsicherheitsagentur MÉBiH vor europäischem Hintergrund.
- Nr. 7 Eisele, Celia, 2012: Europa im parlamentarischen Alltag. Die Europäisierung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.
- Nr. 8 Abels, Gabriele/Oesterle, Frieder, 2014: Von Krokodilen, Hebammen und großen Männern – Spinellis Erben und ihr Plädoyer für ein föderalistisches und post-nationales Europa.
- Nr. 9 Gabriele Abels, Joyce M. Mushaben, 2014: „Dieses Mal ist es anders“ – oder doch nicht? Eine genderpolitische Analyse der Europawahl 2014 und ihrer Folgen